



Keine weitere Auspielung der Werke!

Streik in Düsseldorf gegen die Raubpakete des Vorstandes



Aber was passiert in Bremen?

Wie wir in unserem letzten Flugblatt berichteten, war der Betriebsausschuss des Betriebsrates am 8. September bei der Werkleitung. Doch anstatt ihre Pläne offen zu legen, taktiert die Werkleitung weiter herum. Auch auf der Betriebsversammlung war dem Werkleiter anzumerken, dass er aus Angst vor Streiks, wie wir sie im letzten Jahr durchgeführt haben, die geplanten Angriffe auf die Belegschaft nicht verkünden wollte. Stattdessen kündigte Werkleiter Kellermann eine „neue Vorgehensweise“ gegenüber dem Betriebsrat an. Die Werkleitung möchte gemeinsam mit dem Betriebsrat das Raubpaket aushandeln. Während Betriebsratsspitze und der IG Metall-Bevollmächtigter klar ihre Bereitschaft zum Verhandeln zeigten, haben die auf der Betriebsversammlung anwesenden Kolleginnen und Kollegen aber mit ihrer Abstimmung über eine Vereinbarung einen ganz anderen Weg vorgegeben (siehe grauen Kasten, nächste Seite).

Unsere Zukunft ist nicht verhandelbar!

Wenn wir bei Themen, wie Fremdvergabe und Leiharbeit nicht auf konsequenten Widerstand setzten, sondern auf Verhandlung und darauf vertrauen, dass der Betriebsrat und die IG Metall es schon richten werden, dann sind wir verloren. Wenn es um Fremdvergabe unserer Arbeitsplätze und damit auch um den Erhalt unserer Arbeits- und Entlohnungsbedingungen geht, dürfen wir uns nicht zurücklehnen, dann rettet uns kein Kompromiss, da gibt es kein „Geben und Nehmen“. Im Sindelfinger Werk wurde die Belegschaft gar nicht oder nur teilweise über die Verhandlungen über das Sparpaket informiert. Sie ist es aber, die jetzt die Suppe auslöffeln muss, die ihr der

Betriebsrat mit eingebracht hat. Auch in den Werken Kassel und Gaggenau sollen mittlerweile solche Vereinbarungen unterschrieben sein, die uns aber noch nicht vorliegen. So darf es in Bremen nicht laufen, wir werden nicht nur mitentscheiden, wenn es um unsere Zukunft geht, sondern auch um sie kämpfen. So wie es derzeit die Kollegen im Düsseldorfer Mercedes-Werk tun, die gegen die Vernichtung von bis zu 1800 Arbeitsplätzen mehrmals gestreikt haben, zuletzt am Mittwoch letzter Woche, über drei Schichten, für 22 Stunden (siehe Foto).

Wir haben eine Chance!

Das Mindeste wäre, dem Generalangriff des Daimler-Vorstandes auf alle Werke gemeinsam entgegen zu treten. Vor diesem Hintergrund ist es uns völlig unverständlich, warum die auf der Vertrauensleute-Vollversammlung exakt vor einem Jahr (!) in Bremen einstimmig beschlossene Vertrauensleute-Konferenz aller Werke bis heute noch nicht realisiert wurde. Denn die Taktik des Vorstandes ist eindeutig. In allen Werken werden zurzeit Verhandlungen geführt und teilweise schon von den Betriebsräten unterschrieben. Es darf nicht sein, dass Bremen (oder ein anderes Werk), als letztes Werk übrig bleibt und wir auf uns allein gestellt den Kampf gegen das Raubpaket führen müssen. Es gibt nur einen Weg: Wir müssen uns mit den Belegschaften anderer Werke zusammentun, aktuell konkret mit den Düsseldorfern. Es darf nicht noch mal passieren, dass, wie letzte Woche dort das Werk steht und wir nichts davon wissen und hier alles ruhig bleibt. Denn genau davor haben die Herrn des Vorstandes am meisten Angst, davor dass sich der

Widerstand wie ein Flächenbrand ausbreitet. Nur dann haben wir eine Chance, das ist der Weg auf dem wir vielleicht nicht alles, aber wenigstens das Schlimmste verhindern könnten. Neben Düsseldorf scheint es auch in Rastatt noch Unmut gegen die Vorstands-Strategie zu geben, also wir sind nicht allein. Wenn der Gesamtbetriebsrat oder die IGM-Spitze diesen gemeinsamen Widerstand nicht wünscht, dann verrät sie nicht nur die Interessen der Kollegen, sondern auch die Aufgaben und den Zweck unserer Gewerkschaft. Und wenn das so ist, dann müssen wir eben die Sache wieder selbst in die Hand nehmen.

Der Kampf gegen Werkverträge und Leiharbeit ist unsere gesellschaftliche Pflicht!

Die oben genannten Erpressungen laufen nicht nur bei Daimler. In der gesamten Automobilindustrie wurde den Arbeitern der Krieg erklärt, um noch mehr Profit aus uns rauszuholen, um auch die letzten Blutstropfen noch aus uns raus zu saugen. Diese Angriffe können wir nicht mehr als einzelnes Werk oder einzelne Firma stoppen, sondern das geht nur zusammen mit allen Werken und Belegschaften, sei es BMW, Audi, VW oder andere. Die Automobilindustrie ist sicher eine der am besten gewerkschaftlich organisierten Branchen und eine der für die Gesamtkonomie des Landes wichtigste. Würde unsere IGM, statt Phrasen über die „Gestaltung“ von Leiharbeit und Werkverträge zu dreschen, diese Macht nutzen, wäre es tatsächlich möglich dieser Entwicklung etwas entgegen zu setzen. Aber diese IG Metall Führung vertritt schon lange nicht mehr unsere Interessen gegen Kapital und Regierung, sondern sitzt fett mittendrin in den Gremien des Kapitals und seiner Regierung. Aber was tun? Austreten aus der IG Metall und den Kopf in den Sand stecken? Wir sagen Nein! Wir müssen in dieser IG Metall von unten nach oben den Kampf aufnehmen und den Damen und Herren sagen, wen sie zu vertreten haben und wer sie bezahlt, nämlich wir, Arbeiter bei Daimler, BMW, Opel und anderswo. Nur wenn wir selber, Arbeiter aller Werke, endlich begreifen, das nur wir es sind, vor dem das Kapital Angst hat und den Kampf in den Fabriken und um die Fabriken selber in die Hand nehmen, werden wir diesen Krieg gegen uns und unsere Kinder beenden können.

Auf der Betriebsversammlung am 23.09.14 wurde per Abstimmung in allen drei Schichten folgende Vereinbarung von der Belegschaft angenommen:

Vereinbarung zwischen Belegschaft und Werkleitung des Mercedes Benz Werkes Bremen

Belegschaft und Werkleitung des Mercedes Benz Werkes Bremen schließen folgenden Vertrag:

1. Alle während der letzten 5 Jahre geschlossenen Werkverträge werden unverzüglich aufgehoben, die Arbeiten wieder von Angehörigen der Daimler Benz AG verrichtet. Ab sofort gibt es keine weiteren Fremdvergaben mehr.
2. Die im Werk unter Leiharbeitsverträgen Arbeitenden sind sofort in ein festes Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Neue Leiharbeitsverträge werden nicht abgeschlossen.
3. Die Inhalte der Sindelfinger Betriebsvereinbarung (gemeint ist die Betriebsvereinbarung „Zukunftsbild Sindelfingen 2020+“ vom August 2014) werden für das Werk Bremen ausgeschlossen.

Belegschaft des Werkes Bremen

Werkleitung

Bremen, den 23. September 2014

Und das kam so:

Auf die Frage, wer dieser Vereinbarung zustimmt, melden sich überraschend Viele in der Frühschichtversammlung, etwa drei Viertel. Interessanter war jedoch die Gegenprobe. Nur Einer reckte, wie ein aufgeregter Schuljunge, den Arm nach oben: Es war der Werkleiter. Wer es nicht mit eigenen Augen sehen konnte, wurde vom Rednerpult über diese Gegenstimme informiert. Die anschließende Aufklärung des Werkleiters darüber, dass er nicht zur Belegschaft gehöre und daher bei dieser Abstimmung nicht stimmberechtigt sei, führte zu brüllenden Gelächter.

In der Spät- und Nachtschichtversammlung lief es ähnlich gut, nur dass hier die Abstimmungsergebnisse noch eindeutiger waren (ca. 80%), was aber auf Grund der anderen Zusammensetzung auch zu erwarten war.

Daimler versus SWR

oder Filmverbot gegen Presse- und Meinungsfreiheit



Am 31.07.14 fand vor dem Stuttgarter Landgericht der Prozess von Daimler gegen den Südwestdeutschen Rundfunk statt. Der SWR Reporter Jürgen Rose hatte 2013 eine Undercover-Reportage bei Daimler in Untertürkheim gedreht. Dabei hat er aufgedeckt, wie mit Hilfe von

Leiharbeit und Werkverträgen Autos zu Dumpinglöhnen gebaut werden. Die Reportage trug daher den passenden Titel „Hungerlöhne am Fließband“. Sie hat nicht nur in allen Daimler-Werken für Furore gesorgt (hunderte Werkvertrags-Arbeiter mussten zu Leiharbeitern gewandelt werden), sondern in der ganzen Republik. Insofern hat sie einen guten Beitrag geleistet die Schweinerei der Leiharbeit und von Werkverträgen öffentlich zu machen.

Daimler war natürlich sauer über diese Entlarvung und hat den SWR wegen unerlaubtem Filmen auf dem Werks-gelände angeklagt. Ziel der Klage ist, dass diese wichtige Reportage nicht mehr öffentlich gezeigt werden darf, dadurch sei das unternehmerische Persönlichkeitsrecht

verletzt worden. Ein sehr schwaches Argument gegen so fundamentale Grundrechte, wie Presse- und Meinungsfreiheit, die maßgeblich sind dafür, ob ein demokratisches System bestand hat oder nicht. Gerade, wenn es um so ein wichtiges Thema geht wie hier, denn diese Entwicklung der Leiharbeit und von Fremdvergabe stellt praktisch alle, von der Arbeiterbewegung erkämpften Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in Frage. Das wurde bei diesem Prozess auch noch mal deutlich.

Zu dem Gerichtsprozess kamen folglich auch eine ganze Reihe Kollegen aus verschiedenen Daimler-Werken in und um Stuttgart, sowie aus anderen Betrieben. Auch wir waren aus dem Bremer-Werk angereist und haben vor dem Gerichtsgebäude eine kleine Kundgebung durchgeführt. Der Gerichtssaal hätte drei Mal so groß sein müssen, denn wir passten nicht mal alle stehend rein. Erst nach mehrmaligen Räumungsandrohungen der Polizei, verzichtete ein Teil der Kollegen auf die Teilnahme.

Der Prozess war denn doch sehr interessant, denn es wurde nicht nur zwischen den Interessen des Auto- und des Medienkonzerns abgewogen, sondern auch darüber diskutiert, in wie weit Daimler durch die Beschäftigung des SWR Reporters als Werkvertragsarbeiter rechtswidrig gehandelt hat. Schließlich war er wie ein Leiharbeiter in den Produktionsprozess eingebunden, nur eben nicht entsprechend bezahlt worden. Interessant war besonders die Anwesenheit des Personalvorstands, Kressl, auf der Anklägerbank. Er betonte mehrfach -und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - dass Leiharbeit doch ganz legal wäre und auch die Gewerkschaften entsprechende Tarifverträge abgeschlossen hätten! Bei diesem ersten Termin kam es allerdings noch zu keiner Entscheidung. Am Donnerstag, den 9. Oktober, fand daher der zweite Verhandlungstermin statt. Das Ergebnis stand folglich bei Redaktionsschluss noch nicht fest.



„der krieg - wenige wollen ihn, viele doch fürchten ihn, aber sie alle

kommen hinein“

bertolt brecht

Es geht schneller als man denkt, dass man als Gewerkschafter in den Krieg kommt, den wenige wollen und viele doch fürchten.

Hier ist noch nicht von tatsächlichen Bombeneinschlägen und Handgranaten die Rede, aber die Wirkung auf unsere Haltung als Arbeiter und Werktätige ist vergleichbar.

Am Donnerstag, 2. Oktober 2014, einen Tag vor den staatlichen Jubelfeierlichkeiten zum Anschluss der einst souveränen DDR und ihren heutigen „blühenden Landschaften“ in jeder Fabrik, auf jedem Landstrich, in jedem Dorf und in jeder Stadt, die uns als Zerstörung, Verödung, Verelendung und Entvölkerung entgegentritt,

wendet sich unsere Gewerkschaft gegen 20 Ärmste der Armen, Rechtloseste der Rechtlosen mit 200 Polizisten und mit Schäferhunden, weil sie es gewagt haben in ihrer Not für einige Tage das DGB Haus in Berlin zu besetzen, in der Hoffnung, wir als Vereinigung der Ausgebeuteten und Unterdrückten hätten in diesem reichen Deutschland ein Ohr für ihre Nöte als Flüchtlinge.

Wehe uns, wenn wir mit unseren Gewerkschaften nicht beenden, der Streikbrecher in Europa zu sein und nein zur „Festung Europa“ sagen. Wehe uns, wenn wir nicht erkennen, dass Ausländerfeindlichkeit nichts anderes ist als Arbeiterfeindlichkeit.

Wehe uns, wenn sich unsere Organisationen mit derselben Staatsmacht verbünden, die den Häuser- und Straßenkampf gegen unsere eigenen kommenden Streiks und Aufstände probt.

Wehe uns, wenn wir hier nicht einschreiten gegen unsere eigenen Funktionäre, die letztes Jahr bereitwilligst für den Schulterchluss mit dem deutschen Militär dem Kriegsminister Tür und Tor im DGB-Haus geöffnet haben und nun den Schulterchluss mit der deutschen Polizei in Berlin bereits blutig durchführen gegen Unseresgleichen.

Wir sollten den Fingerzeig der Arbeiter und Werktätigen aus anderen Ländern, die Not, Elend und Unterdrückung in unser DGB-Haus in Berlin verschlagen hat, richtig verstehen:

Besser heute die eigenen Häuser (wieder) besetzten, als morgen in den Krieg gegen Arbeiter in anderen Ländern marschieren.

Initiativantrag an die Delegiertenversammlung der IGM Bremen/Bremerhaven am 6.10.14

Die Delegiertenversammlung, vom 6.10.2014 verurteilt auf Schärfste die Räumung von 20 Flüchtlingen aus der Berliner Gewerkschaftszentrale durch die Polizei, veranlasst durch den DGB Berlin. Unter den rund 20 Flüchtlingen befanden sich in ihrer Heimat politisch verfolgte Arbeiter, die seit einer Woche friedlich im DGB Haus ausharrten und auf ihre Probleme und ihre Forderungen aufmerksam machten. Als Gewerkschafter stehen wir auf Seiten der Schwächsten. Statt mit Hilfe der Staatsgewalt gegen sie vorzugehen, sollte der DGB Solidarität und Unterstützung gewähren!

Antragsteller: Jochen Kohrt, Gerwin Goldstein, Julia Nanninga, Herbert Mogck, Uwe Müller
Antragsunterstützer: Frank Kotte

Mehrheitlich angenommen

Aktionszug „KLASSENKAMPF statt WELTKRIEG“ in Bremen



Zwei Tage zu spät, aber sie kam. Angela Merkel, auf einer V2-Rakete sitzend, fuhr dreieinhalb Tage durch Bremen, gefolgt vom zwei weiteren historischen LKWs, mit denen vor dem drohenden 3. Weltkrieg gewarnt wurde. Zwei Tage zu spät, weil die Bremer Behörden praktisch alles verbieten wollten, was diesen Antikriegszug ausmachte. Und sie flogen voll auf die Schnauze vor Gericht. Der Zug begann am 12. September mit einer sehr lebendigen Demonstration durch Gröpelingen, unter der Losung: „Von der Leiharbeit zur Zwangsarbeit zum Krieg gegen das eigene Volk und gegen andere Völker? - Es lebe die Solidarität zwischen den Völkern und den Arbeitern aller Länder!“. Viel Zuspruch vor allem in diesem Stadtteil und auch in Tenover, aber auch vor Daimler und vor der BLG, wo die Leiharbeit ihre schlimmsten Blüten treibt.

Ab November geht es weiter durch andere Städte und vor andere Betriebe, darunter auch zu Mercedes in Wörth, Rastatt und Stuttgart, sowie vor BMW, Audi und VW. Am 8. Mai, dem 70. Jahrestag der Niederschlagung des Hitlerfaschismus, fährt der internationale Antikriegszug dann von Berlin nach Warschau, unter Beteiligung polnischer und tschechischer Kriegsgegner. Wer Interesse hat: Der Bremer Unterstützerkreis ist erreichbar jeden Donnerstag, von 17.00 bis 19.00 Uhr, in der Posener Str. 55 (Gröpelingen).



+++ Fahrt mit zum Gerichtsprozess gegen die Genker Ford Kollegen, die wegen ihres Protestes vor der Zentrale in Köln angeklagt sind +++ am 20.10.14 +++ Köln +++ Weitere Informationen bei den Unterzeichnern +++

Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen.

Kontakt: Jochen Kohrt, H 3 (Tel. 90442) / Ralf Wieland, WPS / Herbert Mogck, PW (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG (Tel. 90600) / Frank Kotte, H 8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H 8, DNS / Gerhard Kupfer / Sascha Heiner, H 9 / Uwe Müller, H 9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H 7 (Tel. 6679) / und viele andere ... [10.14]

E-Mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de / Spenden an: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt